NOVOMATIC

Pressespiegel 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **27.10.2020 / KW 43**

NOVOMATIC AG · Wiener Strasse 158 · 2352 Gumpoldskirchen · Austria · Europe
Tel.: +43 2252 606 0 · Fax: +43 2252 606 110 · info@novomatic.com · www.novomatic.com

40 Years NOVOMATIC

„Österreich“, 25.10.2020

DIE 150 WICHT

EXKLUSIV

ÖSTERREICH-Umfrage von Research Affairs

Ihre Top 10: So wählten Österreicher

1 SEBASTIAN KURZ: 38 % der Befragten wählten den Bundeskanzler.

2 VAN D. BELLEN: Für 34 % ist der Bundespräsident wichtigster Österreicher.

3 ARNOLD SCHWARZENEGGER: 32 % stimmten für unseren Action-Star.

4 DIETRICH MATESCHITZ: 23 % halten Red-Bull-Boss für wichtig.

5 DOMINIC THIEM: 21 % für den beliebtesten Sportler des Landes.

6 CHRISTOPH WALTZ: Der Oscar-Star ist für 17 Prozent top.

7 ANDREAS GABALIER Musiker bekam 14 % der Stimmen.

8 RUDOLF ANSCHOBER: Noch 10 % stimmten für Gesundheitsminister.

9 DAVID ALABA: Der Bayern-Superstar bekam 9 % der Stimmen.

10 P. RENDI-WAGNER SPÖ-Chefin mit 5 % noch Top 10.

ÖSTERREICH-Ranking zum Nationalfeiertag

Kanzler Kurz bis Alaba – das Who's who aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

Wahl. Zum Nationalfeiertag hat die ÖSTERREICH-Redaktion die wichtigsten Menschen des Landes nach ihrer Macht, Beliebtheit und auch Erfolg gelistet.

Ausgangsbasis waren die in diesem Jahr erschienenen Rankings – von *NEWS*, *trend* und auch *ExtraDienst*, adaptiert durch die Wertung der ÖSTERREICH-Redaktion.

Umfrage: Sebastian Kurz vor Van der Bellen

Umfrage. Unabhängig davon hat Research Affairs für ÖSTERREICH exklusiv die Österreicher gefragt, wer für sie die wichtigsten Menschen sind (*s. Kasten*).

Klar voran – in beiden Rankings – ist Bundeskanzler Sebastian Kurz, der das Land durch die Corona-Krise lenkt und für seinen Dauereinsatz mit Respekt und viel Zustimmung belohnt wird.

Doch auch der Polit-Aufreger Heinz-Christian Strache, der mit seinem Antritt bei der Wien-Wahl und der Ibiza-Affäre omnipräsent war, darf nicht fehlen. Er stürzt allerdings ans Ende der Liste, auf den letzten Platz: 150.

1. Sebastian Kurz

Österreichs Bundeskanzler ist im Dauereinsatz bei der Bewältigung der Corona-Krise.

2. Didi Mateschitz

Red-Bull-Boss ist mit einem Vermögen von 23 Milliarden Euro der reichste Österreicher.

3. Dominic Thiem

Nach Thomas Muster ist Thiem der einzige Österreicher, der ein Grand-Slam-Turnier gewonnen hat.

4. Anna Netrebko

Die russische Opern-Diva mit Ö-Staatsbürgerschaft feierte dieser Tage ihr Comeback nach Corona.

5. René Benko

Der Immobilien-Tycoon gilt als begnadeter Netzwerker und hat ein Vermögen von rund 4 Milliarden.

6. Alexander V. d. Bellen

Seit seiner Top-Performance während der Regierungskrise ist er einer der beliebtesten Präsidenten der Republik.

7. David Alaba

Halb Europa reißt sich um den Bayern-Star aus Wien – er pokert gerade um Millionen-Gagen.

8. Gernot Blümel

Finanzminister und engster Kanzler-Vertrauter muss das Krisen-Budget und Corona-Hilfen managen.

9. Helga Rabl-Stadler

Seit bereits 25 Jahren lenkt die Kultur-Grande-Dame die Geschicke der Salzburger Festspiele.

10. Margarete Schramböck

Wechselte vom CEO der A1 Telekom erfolgreich in die Politik und bewährt sich als Wirtschaftsministerin.

11. Alexander Wrabetz

Seit 2006 ist der gelernte Jurist bereits Generaldirektor des ORF und wurde dreimal wiedergewählt.

12. Marcel Hirscher

Der achtfache Weltcup-Gesamtsieger ist der erfolgreichste heimische Alpin-Skirennläufer.

13. Rudi Anschober

Der Gesundheitsminister managt seit mehr als einem halben Jahr die Corona-Pandemie im Lande.

14. Andreas Gabalier

Ausverkaufte Stadien und ungezählte Nummer-eins-Hits machen ihn zum Volks-Rock'n'Roller.

15. Werner Kogler

Der Vizekanzler führte die Grünen aus der Krise und sogar in die neue Koalition mit der ÖVP.

16. Pamela Rendi-Wagner

Seit 2018 leitet die Ärztin trotz Widerständen die SPÖ und punktet jetzt mit ihrer Gesundheitskompetenz.

17. Wolfgang Porsche

Aufsichtsratsvorsitzender der Porsche AG, Kultur-Mäzen und außerdem Honorarkonsul von Norwegen.

18. Johanna Mikl-Leitner

Seit 2017 ist die ehemalige Innenministerin erfolgreiche Landeshauptfrau von Niederösterreich.

19. Johann Graf

Der Novomatic-Gründer ist mit rund 5,5 Milliarden Euro hinter Mateschitz der zweitreichste Österreicher.

20. Leonore Gewessler

Als Umweltministerin hält sie zusätzlich die wichtigen Ressorts Klimaschutz, Mobilität & Technologie inne.

21. Fußball-Nationalteam

Auf Platz 25 der Weltrangliste greifen unsere Kicker gerade nach dem Nations-League-Gruppensieg.

22. Karl Nehammer

Unser Innenminister zieht auch während der Corona-Krise alle Register, um die Sicherheit zu gewährleisten.

23. Elisabeth Schaeffler

Die Milliardärin mit einem Luxus-Wohnsitz in Kitzbühel soll ein Vermögen von rund 5 Milliarden besitzen.

24. Michael Ludwig

Wiens Bürgermeister holte mit der Stadt-SPÖ bei der Wahl im Oktober satte 41,62 Prozent.

..IGSTEN ÖSTERREICHER

25. A. Schwarzenegger

Die steirische Eiche machte in Hollywood Karriere und schaffte es bis zum Gouverneur von Kalifornien.

26. Alma Zadic

Seit dem 7. Jänner ist die erst 36-jährige Grüne Bundesministerin für Justiz der Republik Österreich.

27. A. Schallenberg

Der erfahrene Jurist, Diplomat und Kosmopolit vertritt uns souverän als Außenminister in der Welt.

28. Birgit Lauda

Die Witwe von Niki Lauda sorgt mit der „Birgit Lauda Foundation" in der Kunst-Szene für Furore.

29. Doris Bures

Bis 2014 rote Verkehrsministerin, ist die Zweite Präsidentin des Nationalrats höchste Frau im Staat.

30. Attila Dogudan

Mit seinem Do & Co-Imperium zählt er zu den Top-Gastronomen und Unternehmern des Landes.

31. Georg Stumpf

Der Immobilien-Tycoon zählt mit einem Vermögen von rund 3,9 Milliarden Euro zu den reichsten Österreichern.

32. Elisabeth Köstinger

Die Ministerin für Landwirtschaft und Tourismus muss in der Corona-Krise wahrlich Großes leisten.

33. Robert Kratky

Der „Wecker der Nation" wurde als Moderator des Ö3-„Weckers" bereits mehrfach ausgezeichnet.

34. Christoph Waltz

Der Schauspieler und gebürtige Wiener wurde bereits zweimal mit dem Oscar ausgezeichnet.

35. Nadja Swarovski

Die Ur-Ur-Enkelin von Daniel Swarovski brachte die berühmten Kristall-Steinchen bis nach Hollywood.

36. Wolfgang Sobotka

Bis 2017 als Innenminister tätig, regiert der ÖVP-Routinier aktuell als Präsident den Nationalrat.

37. Toto Wolff

Mercedes-Motorsport-Chef und Vertrauter des verstorbenen Niki Lauda holte zig WM-Titel in der F1.

38. Red Bull Salzburg

Die Kicker-Stars gewannen die Meisterschaft 7 Mal in Folge und kämpfen gerade in der Champions League.

39. Ingrid Flick

Das Vermögen der Industriellen-Erbin wird laut Experten auf mehr als 4 Milliarden Euro geschätzt.

40. Franco Foda

Er lenkt seit 2017 die Geschicke unseres Fußball-Nationalteams und schaffte 2019 die EURO-Qualifikation.

41. Stefan Pierer

Der Top-Unternehmer baut mit seinen KTM-Bikes die begehrtesten heimischen Motocross-Motorräder.

42. Elisabeth Gürtler

Als Grande Dame der Society führt sie Hotels und war acht Jahre lang die Chefin des Wiener Opernballs.

43. André Heller

Der Ausnahme-Künstler wurde 2020 mit dem Amadeus für sein Lebenswerk geehrt.

44. Peter Kaiser

Der gebürtige Klagenfurter führt als Landeshauptmann Kärnten mit viel Geschick durch die Corona-Krise.

45. Heidi Horten

Die Milliardärin sorgt mit ihrer Kunstsammlung für Furore und eröffnet 2022 ihr eigenes Museum in Wien.

46. Armin Assinger

Nach seiner Ski-Karriere wurde er ORF-Co-Kommentator und moderiert seit 2002 die „Millionenshow".

47. Adele Neuhauser

Ermittelt seit bereits zehn Jahren mit Top-Quoten neben Harald Krassnitzer im Austro-„Tatort" als „Bibi Fellner".

48. Peter Schröcksnadel

Er hat auch mit 79 Jahren beim ÖSV fest das Ruder in der Hand und ist auch als Unternehmer erfolgreich.

49. Tobias Moretti

Vom „Kommissar Rex" zum „Jedermann" in Salzburg. Moretti glänzt einfach in jeder Rolle.

50. Kathrin & Gaston Glock

Das Unternehmer-Ehepaar Glock engagiert sich seit vielen Jahren sehr im Bereich des Tierschutzes.

51. Hugo Portisch

Er zählt zu den bedeutendsten Journalisten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg.

52. K. P. Liessmann

Konrad Paul Liessmann ist ein österreichischer Philosoph, Essayist und Kulturpublizist.

53. Heinz Faßmann

Der Universitätsprofessor für Geografie und Raumforschung ist unser Bildungsminister.

54. Martin Schlaff

Ein weiteres Mitglied im heimischen Immobilien-Milliardärsklub mit rund 2 Milliarden Euro Vermögen.

55. Norbert Hofer

Der FPÖ-Bundesparteiobmann hat es gerade nicht leicht. 2016 wäre er fast Bundespräsident geworden.

56. Conchita Wurst

Seit dem Sieg beim Song Contest 2014 ging es mit Conchitas Karriere im TV und als Musikerin steil bergauf.

57. Wolfgang Katzian

Der Niederösterreicher ist seit 2018 kämpferischer Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbunds.

58. Beate Meinl-Reisinger

Sie übernahm 2018 von Matthias Strolz den Parteivorsitz bei den Neos und feierte jetzt in Wien Wahl-Triumph.

59. Josh.

Der Austro-Sänger landete 2019 mit „Cordula Grün" einen Top-Hit – dafür gab's den Amadeus-Award.

60. Herbert Kickl

Einstiger wortgewaltiger Innenminister und jetzt in Opposition als streitbarer Klubobmann der FPÖ.

61. Harald Mahrer

Der WKO-Präsident kämpft unermüdlich für Unternehmen, um die Corona-Krise zu meistern.

62. Wolfgang Hesoun

Als Siemens-Chef zählt Hesoun zu den wichtigsten Manager-Persönlichkeiten des Landes.

63. Michael Niavarani

Der größte Star unter den heimischen Kabarettisten leitet auch das legendäre Globe-Theater.

64. Heinz Fischer

Kultur-Freund, Netzwerker und von 2004–2016 Bundespräsident der Republik Österreich.

„www.spieler-info.at“, 23.10.2020

Widerruf

Bild © Novomatic AG | Bild © Die Grünen NÖ; Fotomontage: Spieler-Info

St. Pölten – Im September 2019 wurde Landessprecherin Dr. Helga Krismer erneut von der Novomatic AG wegen ihrer geäußerten Kritik an der Rolle des Glücksspielkonzerns als Kultursponsor in Niederösterreich geklagt.

Der darauffolgende Prozess vor dem Landesgericht St. Pölten wurde in erster Instanz zugunsten der Novomatic AG entschieden. Für die Grüne Landessprecherin war klar, gegen dieses Urteil Berufung erheben zu wollen. Durch ein bedauerliches Versehen in der mit dem Rechtsfall betrauten Anwaltskanzlei wurde diese Berufung aber nicht fristgerecht angemeldet. Sowohl dem diesbezüglichen Wiedereinsetzungsantrag wie auch dem Rekurs wurde vom jeweils zuständigen Gericht nicht stattgegeben.

Daher wird hiermit folgender Widerruf veröffentlicht:

WIDERRUF
Dr. Helga Krismer widerruft die Äußerung, die Novomatic AG sei kein „sauberer Sponsor“ und/oder verfügt über kein „sauberes Geld“, weil sie ihre Umsätze mit Spielsucht und/oder rechtswidrigen Handlungen erwirtschafte, als unwahr.

„Österreich“, 23.10.2020

INSIDER
ÖSTERREICH Daily

SPÖ-Krainer über den Ibiza-Ausschuss

Der SPÖ-Delegationsleiter im Untersuchungsausschuss:

»Es geht uns darum, herauszufinden, ob Reiche Politik kaufen konnten oder nicht«

NIKI FELLNER: *Herr Krainer, der Untersuchungsausschuss wurde ja der Tag der Milliardäre genannt. Tycoon René Benko und Stefan Pierer von KTM waren da. Wie fällt denn die Bilanz aus zu den beiden Herren?*

KAI JAN KRAINER: Sehr unterschiedlich. Herr Benko hat mich eigentlich erinnert an den Herrn Blümel, weil er sich an wesentliche Fragen nicht erinnern konnte. Insofern war das weniger ergiebig und hat uns relativ ratlos zurückgelassen. Benko hat ja Personen aus dem ÖVP-Feld, die früher in politischen Büros gearbeitet haben usw., die arbeiten jetzt bei ihm, und das ist dieses schwarze Netzwerk, das ihm auch hilft, gute Geschäfte zu machen. Sicher keine Frage.

FELLNER: *Also, rausgekommen ist nicht wirklich viel?*

KRAINER: Man muss eines sagen: 90 Prozent von dem, was wir lernen, ist aus dem Aktenstudium. Beim Herrn Pierer war es ja ganz anders. Der war am Anfang streitlustig und vor allem mir gegenüber sogar etwas patzig, aber mein Gott, das halte ich aus.

FELLNER: *Was war der Kernpunkt bei der Befragung von Pierer?*

KRAINER: Bei Pierer geht es darum, zu verstehen, wie das System Kurz funktioniert. Es gibt in der Zwischenzeit eine Reihe von Unterlagen, die zeigen, dass Kurz und seine Partei eben begonnen haben, bevor sie überhaupt noch den Parteivorsitz übernommen haben, eine Strategie zu fahren, wie sie z. B. zu viel Geld kommen. Sie haben hier Sponsoren und Spenderlisten angelegt, wo auch der Herr Pierer oben steht, der überhaupt nichts davon wusste, wie viele andere auch, die dann versucht haben, diese Leute dann anzusprechen: „Spende was für unsere Politik.“

FELLNER: *Aber da steht immer der Vorwurf im Raum, dass gespendet wird und im Gegenzug dafür es dann Gesetze gibt, von denen diese Spender dementsprechend profitieren.*

KRAINER: Beim Herrn Pierer habe ich nicht den Eindruck, dass er auf eine Gegenleistung gewartet hat. Er sagt aber, dass ihm sein Steuermodell die Hälfte der Steuern erspart, wenn er so Steuern zahlen müsste, wie Sie oder ich. Das finde ich nicht in Ordnung und bekämpfe ich, weil gerade Personen, die besonders viel Geld verdienen, genauso Steuern zahlen sollten, wie die anderen. Und was ich nicht in Ordnung finde, ist, wenn ich eine Partei habe wie die ÖVP, die alle Energie daransetzt, zu schauen, dass niemand erfährt, wie ungerecht das Steuersystem ist, anstatt dass sie es gerechter macht.

> **»Herr Benko hat uns an den Herrn Blümel erinnert.«**
> Über die Einvernahme des Milliardärs.

FELLNER: *Wie geht es denn jetzt weiter? Hans Peter Haselsteiner und Herr Ortner sind als Zeugen geladen. Erwarten Sie sich da neue Erkenntnisse?*

KRAINER: Ja, außer es ist wieder die totale Amnesie und jemand erinnert sich an nichts mehr. Ortner hat sogar mehr gespendet als Heidi Horten. Hier besteht ja der Verdacht bereits seit drei Jahren, dass diese Spenden vollkommen ungerechtfertigt von der Steuer abgesetzt wurden, und ob die Finanzämter das wenigstens verfolgen.

FELLNER: *Was ist das Ziel dieses U-Ausschusses?*

KRAINER: Das Ziel ist es eben, herauszuarbeiten, ob hier Reiche sich Politik kaufen konnten oder nicht.

> **»Herr Pierer war mir gegenüber patzig, aber das halte ich aus.«**
> Über den KTM-Chef.

FELLNER: *Ist es Ihrer Meinung nach passiert?*

KRAINER: Ja, in einzelnen Teilbereichen ganz deutlich. Im Bereich der Privatspitäler ganz massiv.

FELLNER: *Es gibt auch viel Aufregung um den U-Ausschuss-Vorsitzenden, den Nationalratspräsidenten Sobotka. Sie haben mehrfach schon betont, er sei untragbar und er solle den Vorsitz zurücklegen …*

KRAINER: Dieser Politiker, der hinter sich die Novomatic hat, die ihm alleine über hunderttausend Euro finanziert hat in den letzten Jahren, öffentliche Auftritte von ihm finanziert hat oder Parteisitzungen finanziert hat, der kann doch nicht die Untersuchung leiten, ob die Novomatic alle zahlt oder nicht, das ist ja absurd. «

„Kurier“, 23.10.2020

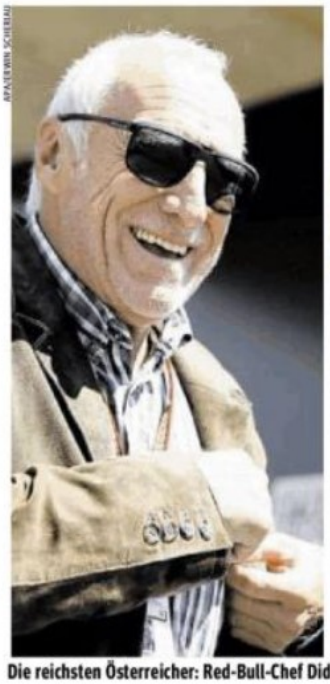
Krise, welche Krise?

Klub der Millionäre. Laut dem „Global Wealth Report“ der Schweizer Bank Credit Suisse ist die Zahl der Reichen weltweit kaum geschrumpft. Vor allem Chinesen werden immer vermögender

VON **ROBERT KLEEDORFER**

Lockdowns, Geschäftsschließungen, Kurzarbeit und Jobverlust: Die Pandemie bekommen viele Arbeitnehmer direkt zu spüren. Die Krise nagt an ihren Spareinlagen. Ganz anders sieht es vielfach in der Welt der Reichen aus. Sie haben zwar im Durchschnitt ihre Vermögen im ersten Halbjahr kaum vermehren können. Doch die Verluste hielten sich ebenfalls in Grenzen. Unterm Strich gibt es weltweit betrachtet kaum weniger Dollar-Millionäre als noch zu Jahresbeginn. Das zeigt der alljährlich erscheinende „Global Wealth Report“ der Schweizer Bank Credit Suisse.

Im Jahr 2019 gab es demnach noch einen Zuwachs von 5,7 Millionen auf 51,8 Millionen Reichen. Im ersten Halbjahr wurden es nur um 51.000 weniger, also rund ein Prozent der im Vorjahr neu Hinzugekommenen. Die Zahl der Superreichen mit einem Nettovermögen mit mehr als 50 Millionen Dollar stieg im Jahr 2019 um 11 Prozent auf 175.690. In der ersten Jahreshälfte 2020 verlor diese Gruppe der „Ultra High Net Worth“ nur 120 Mitglieder.


APA/ERWIN SCHERIAU

APA/RICARDO HERRGOTT / VERLAGSGRUPPE

KARL SCHÖNDORFER

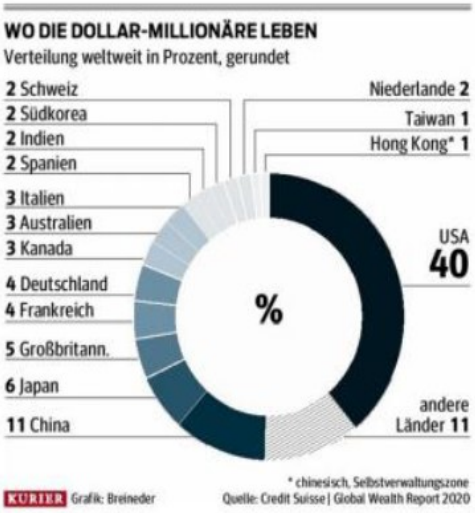
Die reichsten Österreicher: Red-Bull-Chef Didi Mateschitz vor Novomatic-Eigentümer Johann Graf und Immobilieninvestor René Benko

Markante Erholung

Es habe zwar von Jänner bis März mit den Geschäftsschließungen zunächst einen starken Einbruch gegeben, doch sei die Erholung markant gewesen, schreibt die Credit Suisse. Schließlich haben die Finanz- und Immobilienmärkte, aber auch Rohstoffe wie Gold wieder deutlich an Wert zugelegt. Davon profitieren öfters reichere Menschen, die in diesen Kategorien veranlagen. Allerdings, darauf weist der Report hin, sind Anteile an börsenotierten Konzernen nicht zwingend ein Schlüssel zum Erfolg in der Krise. Tech-Aktien etwa profitieren, die „Old Economy“ wie etwa Autotitel erleiden anhaltende Verluste.

Gefallene Millionäre

Die meisten der aus dem breiten Millionärsklub Gefallenen kommen aus Großbritannien, Brasilien, Australien und Kanada. Fast wettgemacht hat diese Zahl der Krisenverlierer allerdings neu hinzugekommene Millionäre aus China. Das Land verzeichnete wie schon im Vorjahr den größten Zuwachs und zementierte damit Platz Zwei im Ranking der Länder mit den meisten Reichen ein *(hinter den USA, siehe Grafik)*. Erstaunlicherweise liegen beim Zuwachs im ersten Halbjahr hinter China die Niederlande noch vor den USA. 58.000 Amerikaner können sich nun ebenfalls als Millionär bezeichnen, dieselbe Zahl weist auch Deutschland auf, knapp dahinter die Schweiz mit 52.000.



Österreich

Zahlen für das erste Halbjahr 2020 wurden für Österreich nicht berechnet. Allerdings gab es davor im zweiten Halbjahr 2019 einen deutlichen Anstieg von 313.000 auf 334.956 Dollar-Millionäre, wie Credit Suisse auf KURIER-Nachfrage mitteilte. Red-Bull-Gründer Dietrich Mateschitz ist laut *Forbes* mit 16,5 Mrd. Dollar (15,2 Mrd. Euro) der mit Abstand reichste Österreicher. Mit 6,5 Mrd. Dollar deutlich dahinter belegt Novomatic-Eigentümer Johann Graf Platz Zwei, gefolgt von Immobilientycoon René Benko mit 4,7 Mrd. Dollar. Die Summen wurden allerdings vor Ausbruch der Pandemie erhoben.

Stärker betroffen

Die breite Bevölkerung ist von den finanziellen Folgen der Pandemie deutlich stärker betroffen. Insgesamt lag das Vermögen privater Haushalte der Studie zufolge weltweit rund 0,3 Prozent oder eine Billion Dollar (840 Milliarden Euro) höher als Ende 2019. Es beträgt nun 400,2 Billionen Dollar. Da in diesem Zeitraum allerdings die Weltbevölkerung noch stärker stieg, fiel das durchschnittliche Vermögen pro Kopf um 0,4 Prozent auf 76.984 Dollar. Im Vorjahr wuchs es hingegen noch real um insgesamt zehn Prozent oder 36,5 Billionen Dollar.

In den vergangenen Jahren reduzierten sich die Vermögensunterschiede zwischen Reich und Arm fast überall (mit Ausnahme der USA etwa) spürbar. Die Bank geht aber davon aus, dass die Einkommensschere in vielen Ländern nun auseinandergeht, weil Erwerbstätige mit geringen Einkommen und unsicheren Arbeitsplätzen in der Krise am ehesten ihren Job verlieren. In Deutschland ist der Vermögensunterschied im europäischen Vergleich besonders ausgeprägt: Das oberste Prozent der reichsten Leute besitzt 29 Prozent der Vermögen (so viel wie in China), verglichen mit 22 Prozent in Frankreich oder Großbritannien. Weltweit sind es im Durchschnitt sogar 43 Prozent. Dafür sorgen vor allem Russland (57 Prozent), Brasilien (47), Indien (39) und die USA (35 Prozent).

„www.orf.at“, 22.10.2020

Spenden, Posten und Sidlo

Nach den Großspendern Klaus Ortner und Hans Peter Haselsteiner ist eine weitere Spenderin am Donnerstag vor dem „Ibiza“-Untersuchungsausschuss erschienen: Cattina Leitner. Die Juristin hatte 2017 einen Vorzugstimmenwahlkampf eines ÖVP-Kandidaten unterstützt – zuvor bereits Irmgard Griss bei der Bundespräsidentenwahl 2016. Dass sie im ÖBB-Aufsichtsrat sitzt, habe nichts mit den Spenden zu tun, sagte Leitner.

Sie sei lange Richterin gewesen, nun sei sie Anwältin. Zudem saß sie zehn Jahre lang im Universitätsrat der Universität Graz. Mit der Spende habe das „so was von gar nichts zu tun“, sagte Leitner. Dass sie im ÖBB-Aufsichtsrat sitzt, begründete sie mit ihrer Qualifikation, ein Grund sei vermutlich auch gewesen, „dass ich weiblichen Geschlechts bin“. Die Juristin, deren Mann Vorstandsvorsitzender der Andritz AG ist, ist seit 2018 auch Unirätin der Wirtschaftsuniversität Wien. Auf die Frage der ÖVP, ob sie sich jemals eine Gegenleistung für eine Spende erwartet habe, sagte sie: „Nein.“ Bei der späteren NEOS-Mandatarin Griss sei es darum gegangen, ein Zeichen zu setzen, beim Kärntner ÖVP-Regionalwahlkreiskandidat um die Unterstützung für die Region, wo sie selbst einen Hotelkomplex leitet.

Beide Spenden hätten am Ende nicht geholfen. Griss wurde nicht Bundespräsidentin, und der ÖVP-Kandidat zog nicht in den Nationalrat ein. Eine „persönliche Vertraute“ von ÖVP-Chef und Bundeskanzler Sebastian Kurz, wie von SPÖ-Mandatar Andreas Kollross angemerkt, sei sie nicht. Sie sei mit ihm bekannt, persönlich getroffen habe sie Kurz aber länger nicht mehr. Leitner könne nicht ausschließen, dass sie mit Kurz über ihre Bestellungen in den ÖBB-Aufsichtsrat und in den Unirat gesprochen hat. Aber man spreche sehr selten persönlich miteinander. An den ÖVP-Nationalratskandidaten spendete sie über ihre Firma 10.000 Euro, an Griss „das Zehnfache“, wie sie erklärte.

Posten nach 2:1-Formel besetzt

ÖBB-Vorstand Arnold Schiefer, der unter der ÖVP-FPÖ-Regierung in die Rolle gehievt wurde, sprach in seiner Befragung im „Ibiza“-U-Ausschuss die Personalquote 2:1 in den Aufsichtsräten unter ÖVP und FPÖ an. Die Intention sei gewesen, damit den Proporz 50:50 zu stoppen. Zu Cattina Leitner betonte Schiefer, der Berichten zufolge Postenbestellungen aufseiten der FPÖ koordiniert hat, dass ihr Name auf jener Liste gestanden sei, „die wir für die Aufsichtsratspositionen bekommen haben, soweit ich mich erinnere; aber das müssen Sie die politische Koordinierung fragen, wie der Name da raufgekommen ist – aber er ist offensichtlich von der ÖVP gekommen“.

Leitner bestätigte, dass sie von der ÖVP in den Aufsichtsrat entsendet wurde. Von Listen, die die ÖVP zu Posten erstellt habe, wisse sie nichts. Schon zuvor hatten SPÖ und FPÖ auf die Liste verwiesen, in der ihr Name aufscheint. Laut den Fraktionen sei diese von der ÖVP verfasst worden und beinhaltet potenzielle Kandidaten und Kandidatinnen für unterschiedliche Posten. FPÖ-Chef Norbert Hofer, der damals als Verkehrsminister den ÖBB-Aufsichtsrat besetzte, sagte bei seiner Befragung, dass zwei Drittel der Posten an die ÖVP gingen, ein Drittel an die FPÖ. Selbstverständlich streng nach fachlicher Qualifikation, sagte er.

Entschlagungen bei Sidlo

Grünen-Mandatar Stögmüller legte im weiteren Verlauf der Befragung ein Chat-Protokoll vor, in dem Leitners Name in Bezug auf die spätere Bestellung von Peter Sidlo (FPÖ) zum Casinos-Austria-Vorstand vorkommt. Die ehemalige FPÖ-Lokalpolitikerin und heutige Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank, Barbara Kolm, schrieb an den damaligen Novomatic-Vorstandsvorsitzenden Harald Neumann, dass sie, Kolm, Leitner zunächst nicht erreicht habe.

Später wurde die Juristin offenbar doch erreicht. Es sehe aber nicht so gut aus, soll Kolm Neumann mitgeteilt haben. Grünen-Mandatar Stögmüller geht davon aus, dass es um ein Rechtsgutachten einer Anwaltskanzlei geht, für die Leitner tätig ist. Es ging damals um die Frage, ob der kritische Personalberaterbericht über Sidlo dem Casinos-Aufsichtsrat vorgelegt werden muss. Die Anwaltskanzlei sprach sich offenbar dafür aus. Allerdings wurde der vollständige Bericht dem Aufsichtsrat nie vorgelegt, weil dieser selbst dagegen war.

Leitner berief sich auf ihre anwaltliche Verschwiegenheitspflicht. Sie habe Sidlo nie getroffen, sagte sie. SPÖ und Grüne wollten geklärt haben, warum Leitner dann mit Barbara Kolm darüber reden konnte, wie die Nachrichten von Kolm an Neumann nahelegen würden. Sowohl der Verfahrensanwalt, der sich um die Persönlichkeitsrechte der Auskunftspersonen kümmert, als auch der Verfahrensrichter sagten, dass Leitner sich zum gesamten Thema entschlagen habe.

„Die Presse“, 22.10.2020

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Kleinkariertes Gestreite um Ausschuss-Vorsitz

„Wie man mit Novomatic umgeht, ist irre“, Interview mit Wolfgang Sobotka, von Iris Bonavida, 16. 10.
Dasselbe kleinkarierte Bild, das die Politikerdiskussionen im Vorlauf der Wien-Wahl abgegeben haben, ist bei dem Gestreite um den Vorsitz des angeblich befangenen NR-Präsidenten im obigen Ausschuss festzustellen. Daran hat auch die „Presse“ erheblich Anteil genommen; die Ausführungen vom 6. 10., 10. 10. und 16. 10. geben dazu jeden Anlass durch ihre subtil-hinterhältigen Formulierungen zur Beziehung Novomatic-Sobotka/Alois-Mock-Institut. An Beispielen gibt es unzählige, von „Provokateur Sobotka“ bis „in NÖ gibt es offenbar viel zu verteilen“ etc., etc.

Sobotka hat seinen Standpunkt mehrmals nachvollziehbar und logisch erklärt. Auch andere Parteien als die ÖVP waren Nutznießer von Novomatic-Spenden, jetzt aber hört keiner mehr hin, alle fordern, Sobotka solle einem anderen Vorsitzenden Platz machen, auch wenn bisher an der Sachlichkeit seiner Vorsitzführung nicht gezweifelt wird.

Zusätzlich störend wirkt, wie das Unternehmen Novomatic dargestellt wird. Anstatt stolz darauf zu sein, dass in NÖ ein Weltkonzern entstanden ist, der eine große Anzahl an Arbeitsplätzen bietet und enorme Steuern zahlt, wird das Unternehmen unter Verdacht gestellt, sich die richtige Politik und Freunde zu erkaufen. Soll sich ein gut gehendes Unternehmen etwa lieber Feinde mit der Politik machen, um der Presse Schlagzeilen zu liefern? Und soll die Politik nicht einem gut verdienenden Unternehmen entgegenkommen, das großzügig zum Wohle des Umfelds und der Allgemeinheit beiträgt? Was stört, ist dieses Klein-Klein-Denken, anstatt die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, wie dringend wir jetzt tüchtige Unternehmen brauchen, damit wir wenigstens wirtschaftlich positiv aus der Coronakrise aussteigen!

Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

„Standard“, 22.10.2020

FLORIAN SCHEUBA

Eklat um den Sobotka-Darsteller

Nicht nur in der Theaterszene sorgt eine Neu-Inszenierung von Kleists *Der zerbrochne Krug* für heftige Diskussionen. Das Stück heißt in der von Überschreibungen und neu hinzugefügten Textflächen geprägten Fassung „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“. So wie im Original muss die Figur des Dorfrichters Adam – in der Neufassung als „Wolfgang Sobotka“ bezeichnet – über eine Tat richten, die er selbst begangen hat. Anders als andere Dramenfiguren der Weltliteratur wie beispielsweise König Ödipus, weiß er aber von Anfang an um seine eigene Täterschaft. Daher versucht er die Aufklärung seines Falls mit allen Tricks zu verhindern.

Abgesehen davon wird bei der Gestaltung dieser Figur in der Neufassung auf Werktreue verzichtet. So heißt es in einer Beschreibung des Originalstücks über Adam: „Die blühende Phantasie, mit der er immer neue Ausflüchte ersinnt, macht ihn zuweilen fast sympathisch.“ Das wird bei der Figur des Sobotka vermieden.

Zu diesem Zweck wird auch auf ungewöhnliche dramaturgische Mittel und multimediale Theaterformen gesetzt. Diesbezüglicher Höhepunkt war ein *Zeit im Bild 2*-Interview mit dem Darsteller des Wolfgang Sobotka, der dabei extrem outrierend und Joker-artig grinsend in seiner Bühnenfigur blieb. Auch sein dort vorgetragener Text sorgte für Kritik.

In bewusster Anspielung auf Techniken des absurden Theaters behauptete er, das von ihm selbst und anderen ÖVP-Politikern geführte „Alois-Mock-Institut“ hätte nichts mit der ÖVP zu tun oder sechsstellige Spenden eines Glücksspielkonzerns an dieses Institut wären keine Spenden, sondern Kooperationen gewesen. Nach dieser Logik wäre eine Spende bei einer Altkleidersammlung auch keine Spende, sondern eine Kooperation mit dem Roten Kreuz.

Ebenso verstörend wirkte die sprachliche Darbietung. Der Sobotka-Darsteller bezeichnete das „Alois-Mock-Institut“ als „Sink Denk“. Dahinter könnte auch theatralische Absicht stecken, denn „sink“ steht im Englischen für Waschbecken. Vielleicht ein verstecktes Eingeständnis, dass solche Institute ideal zum Waschen verdeckter Parteispenden geeignet sind.

Definitiv zu weit ging der umstrittene Mime aber dann mit der Rezitation eines 20-sekündigen Werbespots seines Sponsors Novomatic. Ein Verhalten, das bei einem Sportlerinterview wohl zu sofortigem Gesprächsabbruch geführt hätte.

Hier zeigt sich auch die Problematik dieser Neu-Inszenierung. Während im Originalstück Dorfrichter Adam nach seiner Entlarvung die Flucht ergreift, wird in der postdramatischen Neufassung dieses wesentliche Handlungselement ignoriert. Der Sobotka-Darsteller weigert sich, die Bühne zu verlassen, und verhöhnt dabei auch noch die Zuschauer, indem er ihnen zuruft, sie hätten für die ganze Aufführung bezahlt, weshalb er vorhabe, bis zum Ende der Vorstellung auf der Bühne zu bleiben, um zu stören. Das aber ist eine genremäßig unzulässige Verfremdung des Originalstoffes.

Der zerbrochne Krug ist per definitionem eine Komödie, die Neu-Inszenierung hingegen entwickelt sich immer mehr in Richtung „bürgerliches Trauerspiel“.

„Standard“, 22.10.2020

Milliardär gab spärlich Auskunft

Eine anonyme Anzeige, die dem Ibiza-Untersuchungsausschuss vorliegt, behauptet, dass die ÖVP Spendern durch Bevorzugung bei Verwaltungsabläufen entgegenkommen wollte. Auch ein Immobiliendeal von René Benko wird genannt. Der Investor bestreitet Spenden.

Renate Graber, Aloysius Widmann

Die ersten Milliardäre haben abgesagt: Heidi Goess-Horten, der Nomatic-Gründer Johann Graf und der Waffenhersteller Gaston Glock kamen mehrmals aus Krankheitsgründen nicht in den Ibiza-Untersuchungsausschuss. Am Mittwoch hat es aber erstmals mit einer Milliardärsbefragung geklappt: Kein Geringerer als der medienscheue Tiroler Immobilien-Tycoon René Benko stand den Abgeordneten Rede und Antwort. „Nicht alle Milliardäre folgen unseren Einladungen gern, daher danke ich Ihnen“, freute sich der SPÖ-Abgeordnete Christoph Matznetter über Benkos Erscheinen – der ironische Unterton war kaum zu überhören.

Seine Ladung vor den U-Ausschuss verdankte der Tiroler dem ehemaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ), der Benko im Ibiza-Video als vermeintlichen Parteispender von Freiheitlichen und Volkspartei erwähnt hatte. „Wie kommt Strache zu diesen Behauptungen?“, wollte Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl wissen. „Da müssen Sie Strache selbst fragen“, erwiderte Benko: „Er hat sich schon öffentlich entschuldigt und es als eine Prahlerei bezeichnet. Mir ist nicht erklärlich, wie er dazu kommt.“ Weder die Signa-Gruppe noch er persönlich haben an Parteien oder parteinahe Organisationen gespendet, so der milliardenschwere Investor. Auch indirekte Unterstützungen wie Werkverträge oder Inserate seien ihm nicht bekannt.

Leiner-Deal

Die Abgeordneten von Opposition und Grünen hatten ihre Zweifel an den Beteuerungen Benkos und hakten nach. Benkos Signa hat Ende 2017 den Leiner-Flagship-Store in der Mariahilfer Straße vom damals schwer angeschlagenen ehemaligen Kika/Leiner-Eigner Steinhoff erworben.

Medienberichten zufolge hat Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) damals eigens ein Bezirksgericht trotz Weihnachtspause aufsperren lassen, um den 60-Millionen-Euro-Deal schnellstmöglich abwickeln zu können. Wenig später ließ sich eine Privatstiftung des Milliardärs ein Pfandrecht auf die Immobilie ausstellen – im Wert von 95 Millionen Euro. Kurz habe Benko zu einem Millionengewinn verholfen, schlussfolgerten die Abgeordneten.

Foto: Matthias Cremer

René Benko glänzte im Ibiza-Untersuchungsausschuss zwar nicht durch Erinnerungslücken. Viel Neues brachte seine Befragung dennoch nicht hervor. Oft berief er sich auf seine Rolle als Beirat der Signa-Gruppe.

Stephanie Krisper (Neos) legte der Auskunftsperson Auszüge aus einer anonymen Anzeige vom Juli 2020 vor, wonach die laut Anzeiger finanziell angeschlagene ÖVP Spenden an Gegenleistungen knüpfen wollte. Grundsätzlich ist in der Anzeige von Listenplätzen, der Übernahme von Positionen in der Gesetzgebung und Funktionen bei staatsnahen Betrieben die Rede. Konkret ist in Bezug auf Benko von der „Bevorzugung bei Verwaltungsabläufen (vgl. den Kauf des Leiner-Hauses ...)“ die Rede. „Hat Sie jemals jemand gefragt, für die ÖVP oder Vorfeldorganisationen oder eine parteinahe Organisation zu spenden?“, fragte Krisper. Benko verneinte. Es sei beim Leiner-Deal nicht um Gegenleistungen für Spenden gegangen, sagte Benko, sondern darum, möglichst rasch zu handeln – schließlich seien auch die Arbeitsplätze beim strauchelnden Möbelhaus bedroht gewesen.

Der Deal wurde außerdem an einem Freitag, also einem Werktag, besiegelt. Man habe das Medium verklagt, das berichtet hatte, dass das Bezirksgericht eigens geöffnet worden sei. Die Auskunftsperson entsann sich aber nicht, was der derzeitige Stand des Verfahrens ist – und eine entsprechende Anfrage des STANDARD ließ die Signa Holding bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Die ÖVP sagte zur anonymen Anzeige, dass solche Anzeigen häufig eingehen, sich aber oft als haltlos erweisen würden. Außerdem habe Benko unter Wahrheitspflicht ausgesagt, nicht an die ÖVP gespendet zu haben, so ein Parteisprecher. Der ÖVP-Abgeordnete Ernst Gödl legte einen Vorhabensbericht der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) vor, wonach sich weder bei der Signa Holding noch bei Benko Hinweise auf Parteispenden ergeben hätten.

Die Befragung Benkos zog sich zäh und holprig dahin, bis die Fragezeit ausgeschöpft war. Ständig verwies der Befragte darauf, dass er nur dem Beirat der Signa-Gruppe vorstehe. Daher müssten operative Fragen auch an die Geschäftsführung, den Vorstand oder den Aufsichtsrat gestellt werden, nicht aber ihm. Wurde der Investor zu Handlungen von ihm nahestehenden Stiftungen gefragt, sagte er: „Weiß ich nicht, ich bin nicht Stiftungsvorstand.“ Ob Fragen zu Geschäften der Signa-Gruppe zulässig sind, wurde immer wieder diskutiert.

„statista“, 21.10.2020

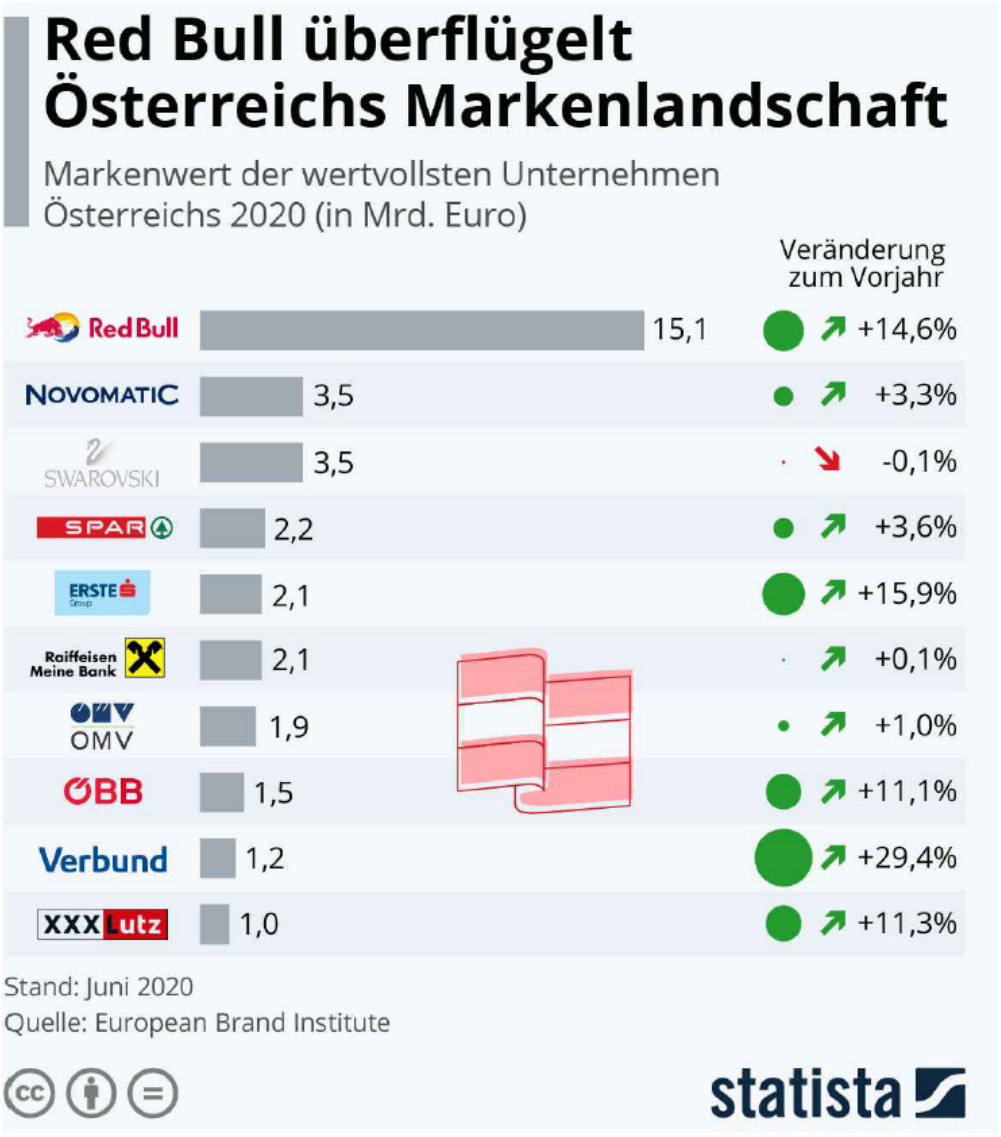
Red Bull überflügelt Österreichs Markenlandschaft

Mit rund 15 Milliarden Euro Markenwert liegt Red Bull laut European Brand Institute auf Platz 1 der wertvollsten österreichischen Brand Corporations. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen der Glücksspielkonzern Novomatic und Kristallglashersteller Swarovski mit jeweils rund 3,5 Milliarden Euro Marktwert.

Red Bull , dessen bekanntestes Produkt der Energydrink gleichen Namens ist, führt das Ranking mit seinem Vorsprung von weit über 11 Milliarden Euro mit deutlichem Abstand an und hat dabei im Vergleich zum Vorjahr seinen Markenwert noch um knapp 15 Prozent gesteigert.

Beinahe alle der wertvollsten Markenunternehmen in Österreich konnten im Vergleich zu 2019 ihren Markenwert ausbauen. Lediglich Swarovski musste im vergangenen Jahr Einbußen hinnehmen, bleibt allerdings weiterhin in den Top Drei. Den größten Zuwachs mit etwa 29 Prozent hat Stromdienstleister Verbund erlebt.

Zusammen erreichen die 10 wertvollsten österreichischen Unternehmensmarken im Jahr 2020 einen Markenwert von 34 Milliarden Euro und damit 3 Milliarden Euro mehr als 2019. Dies entspricht einem relativen Zuwachs von 0,9 Prozent.



„www.isa-guide.de“, 21.10.2020

Relaunch der Website der Spielbank Berlin im Geburtstagsmonat

Neue Homepage der Spielbank Berlin zum 45. Geburtstag. (Bild: Spielbank Berlin)

Berlin – Neue Wege in der digitalen Kommunikation! Passend zum 45. Geburtstag der Spielbank Berlin ist im Oktober 2020 auch die Website in einem komplett neuen Design online gegangen. Mit dem Relaunch bietet die neue Homepage den Besuchern umfangreiche Informationen über die Angebote der Spielbank Berlin, verpackt in einem zeitgemäßen Layout mit optimierter Benutzerfreundlichkeit. Als wichtiger Kommunikationskanal trägt die Website maßgeblich dazu bei, den Dialog mit den Gästen der Spielbank zu fördern und diese über aktuelle Ereignisse zu informieren. Die neue Gestaltung der Website ist übersichtlicher und moderner – alle wichtigen Informationen findet man ab sofort auf einen Blick.

„Die Spielbank Berlin ist sowohl für Berlin-Besucher als auch für Einheimische ein fester Anlaufpunkt in der Stadt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, diese Gäste zielgerichtet über unser Angebot zu informieren“, so **Gerhard Wilhelm, Sprecher der Geschäftsführung der Spielbank Berlin.** „Da das Onlineangebot meist von mobilen Endgeräten aufgerufen wird, war es uns wichtig, die neue Website durch ein responsives Webdesign dafür zu optimieren und den Nutzern so zu ermöglichen, die gesuchten Informationen schnell, unkompliziert und auf allen Endgeräten bestmöglich zu finden.“

Die neue Website stellt die vier Standorte der Spielbank Berlin am Potsdamer Platz, am Alexanderplatz, am Los-Angeles-Platz und in der Ellipse Spandau vor und informiert unter anderem über das Spielangebot und die Öffnungszeiten der Standorte. Auch über die Historie der Spielbank Berlin, die Geschichte des Glücksspiels oder das Sportengagement der Spielbank Berlin finden interessierte Leser einige Informationen. Virtuelle Rundgänge vermitteln einen Eindruck von den Räumlichkeiten und dem Spielangebot der vier Standorte. Neu ist der Newsroom: Dort sind Pressemitteilungen und Videos bis hin zu spannenden Hintergrundgeschichten, Publikationen und Events rund um die Spielbank Berlin zu finden. Die neue Webpräsenz verfügt natürlich auch über eine Karriere-Sektion, in der aktuelle Stellenausschreibungen der Spielbank Berlin eingesehen werden können. Selbstverständlich enthält die neue Seite auch umfassende Informationen zu Präventionsthemen wie Spielerschutz, Geldwäsche und Datenschutz.

„Wiener Zeitung“, 21.10.2020

Rauer Wind im U-Ausschuss

Wortgefechte, eine Anzeige und Medienschelte prägten am Dienstag die Ausschussarbeit.

Von Daniel Bischof

Es war eine frostige Stimmung, die sich am Dienstag im Ibiza-U-Ausschuss breitmachte. Geplänkel um eine anonyme Anzeige und persönliche Angriffe dominierten den Tag. Bereits durch die einleitenden Worte der Auskunftsperson, Frau L., wurde klar, dass an diesem Tag ein rauer Wind wehen würde. Grüne, Neos, FPÖ und SPÖ sehen L. aufgrund ihrer persönlichen Beziehungen als Bindeglied zwischen dem Glücksspielkonzern Novomatic und der ÖVP.

L. ist Ehefrau eines hohen Novomatic-Verantwortlichen, Novomatic-Gründer Johann Graf ist der Cousin ihres Vaters. Die Juristin arbeitete zunächst als Staatsanwältin und Richterin. Sie wurde dann ins Büro von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) dienstzugeteilt. Geringfügig arbeitete sie später auch im Kabinett von Innenminister Karl Nehammer (ÖVP).

Die Frau kritisierte, dass auf unseriöse Weise ihre persönlichen Details bekannt geworden seien. Sie beklagte die Verletzung ihrer höchstpersönlichen Rechte. Während die FPÖ in einer parlamentarischen Anfrage ihre Privatsphäre respektiert habe, sei sie in einer Anfrage der Neos mit vollem Namen erwähnt worden.

In den Medien sei über sie ebenfalls mit vollem Namen berichtet worden. Da auch über ihren Wohnort geschrieben worden sei, habe das dazu geführt, dass fremde Leute vor ihrem Haus gestanden seien: „Die haben mich und meine Kinder fotografiert.“

Harte Worte gegen Abgeordnete

Auch mit den Abgeordneten ging L. hart ins Gericht. Manche von ihnen würden wohl gerne „Staatsanwälte, Richter und Sittenwächter in Personalunion“ sein wollen. Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper warf sie auch „juristische Unkenntnis“ vor.

Die Stimmung kühlte bei der Befragung weiter ab. Sie war in weiten Teilen von zähen Debatten um die Geschäftsordnung und Wortgefechten geprägt. L. machte ausführlich von ihrem Entschlagungsrecht Gebrauch. Sie verwies dabei immer wieder auf das gegen sie laufende Finanzstrafverfahren. Es dreht sich um großzügige Geldgeschenke, die L. von ihrem Onkel Graf erhalten hat.

So wollte L. die Frage, warum sie ihren Lebenslauf an Personen des ÖVP-geführten Landes Niederösterreich geschickt habe, nicht beantworten. SPÖ-Abgeordneter Christoph Matznetter meinte: „Sie entschlägt sich, weil sie sich selbst belasten würde.“ Das wollte der Abgeordnete Andreas Hager (ÖVP), der Sobotka als Ausschutzvorsitzenden vertrat, so nicht stehen lassen: „Eine Entschlagung ist nicht automatisch ein Schuldeingeständnis.“

L. betonte, dass sie Sobotka erst im Zuge eines Firmenbesuchs bei Novomatic von ihrer Verwandtschaft zu Graf erzählt habe. Bei dieser Visite habe es sich um einen „Routinebesuch“ gehandelt, so die Auskunftsperson.

Grüne und Neos wollten wissen, ob L. während ihrer Arbeit im Kabinett des Innenministers Einsicht in die Arbeit der „Soko Tape“, die zum Ibiza-Video ermittelt, genommen habe. L. verneinte das. Besonders mit dem Abgeordneten David Stögmüller (Grüne) krachte L. zusammen. Stögmüller fragte sie, ob ihr Graf geholfen habe, einen Job zu bekommen. Dass gerade die Grünen ein Frauenbild vertreten würden, bei dem Frauen gewisse Beziehungen brauchen, um einen Job zu bekommen, erstaune sie, so L.

Eisige Stimmung herrschte am Dienstag im Ibiza-U-Ausschuss. Foto: apa/Fohringer

Disput um Anzeige

Debatten gab es auch über eine anonyme Anzeige, von der ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl berichtete. Darin werde den Fraktionsführern der SPÖ, Neos und Grünen vorgeworfen, dass sie versucht haben sollen, die Aussage von Ex-Novomatic-Geschäftsführer Peter Barthold im Ausschuss zu beeinflussen. Grüne, SPÖ und Neos wiesen das zurück.

Ruhiger ging es bei der Befragung eines Finanzbeamten zu, der im Bereich Glücksspielrecht tätig ist. Er hielt fest, dass seine Abteilung nie davon erfahren habe, warum die Anfang 2018 in Begutachtung geschickte Glücksspielnovelle zurückgezogen wurde: „Es ist im Haus weder mitgeteilt worden, dass es zurückgezogen wurde, noch wer das veranlasst hat.“ So etwas habe er in seiner 35-jährigen Berufslaufbahn noch nicht erlebt. ■

„Die Presse“, 21.10.2020

Geldgeschenke, Familienbande und Novomatic

Im Ibiza-U-Ausschuss kam die Frau des Novomatic-Aufsichtsratschef zu Wort.

Wien. Am Dienstag stand der Glücksspielkonzern Novomatic im Mittelpunkt des Ibiza-Untersuchungsausschusses. Als Auskunftsperson wurde die Frau von Novomatic-Aufsichtsratschef Bernd Oswald, Tina Liebich-Oswald, befragt. Gegen sie wird in einem Finanzstrafverfahren ermittelt, weil sie von ihrem Großonkel, Novomatic-Gründer Graf, großzügige Geldgeschenke erhalten hat.

Damit war sie nicht allein. Es gibt rund 160 Schenkungsverträge – teilweise in Millionenhöhe. Grafs Anwalt betonte im August, dass sämtliche Schenkungen „aus rein privaten Motiven“ ohne Gegenleistung erfolgt und der Finanz gemeldet worden seien. Zu Fragen zu den Schenkungen entschlug sich Liebich-Oswald. Über Graf sagte sie, sie sei stolz auf ihren Großonkel, der einen Weltkonzern aufgebaut habe.

Liebich-Oswald führte aus, dass sie als Juristin dem Büro des Parlamentspräsidenten und U-Ausschuss-Vorsitzenden Wolfgang Sobokta dienstzugeteilt und dort für den Bereich U-Ausschüsse verantwortlich war. Im Rahmen des NÖAAB-Wahlkampfs begleitete sie Sobotka bei einem Betriebsbesuch von Novomatic. Sie habe teilgenommen, weil sie das neue Gebäude der Novomatic noch nicht gekannt habe, erklärte sie. Ihre Teilnahme sei in ihrer Freizeit erfolgt. An einem Treffen zwischen Sobotka, Graf, Oswald und dem damaligen Novomatic-Chef Harald Neumann im Anschluss an die Betriebsführung habe sie nicht teilgenommen.

Ihre Anstellung im Kabinett von Innenminister Karl Nehammer habe sie im Frühjahr nicht wegen der Ermittlungen gegen sie aufgegeben, betonte sie. Grund seien Medienberichte gewesen, in denen sie als Privatperson namentlich genannt wurde. Das habe dazu geführt, dass fremde Personen Fotos vom Haus und den Kindern gemacht hätten. „Der Schutz der Familie ist wichtiger als jeder Job der Welt“, sagte sie. (APA)

„Kurier“, 21.10.2020

Familienbande und Millionengeschenke im Ibiza-Ausschuss

Verbindung. Sie sei ein „gutes Symbol“ für die Verquickung von ÖVP und Novomatic, kündigte SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer die erste Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss am Dienstag an. Dabei handelte es sich um Tina L., die Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf und Ehefrau des Novomatic-Aufsichtsratschefs, die als Juristin auch für Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und später im Kabinett von Innenminister Karl Nehammer (beide ÖVP) gearbeitet hat. Ihre Verwandtschaft zu Graf sei aber nicht der Grund für diese Dienstverhältnisse gewesen, sagte sie.

Auf viele Fragen aus den Reihen der Oppositionsfraktionen wollte L. nicht antworten, da sich diese auf ihr Privatleben beziehen würden. Stephanie Krisper (Neos) nannte das aufschlussreich, da es bei diesem U-Ausschuss ja darum gehe, „dass sich die handelnden Personen so nahe stehen, dass das eben auch in den privaten Bereich hineinspielt“. Auch über die Geldgeschenke ihres Großonkels von insgesamt drei Millionen Euro wollte sie im Hinblick auf ein laufendes Finanzstrafverfahren schweigen. Auf die Frage des grünen Abgeordneten David Stögmüller „Kam da ein Chauffeur mit einem Geldkoffer?“ lachte sie und erklärte: „Sie schauen zu viele Krimis.“ Die zweite Auskunftsperson, ein für Glücksspiel zuständiger Beamter im Finanzministerium, erklärte, er wisse nicht, warum die damals in Begutachtung befindliche Glücksspielnovelle zurückgezogen wurde. Danach wurde der Vorstandsvorsitzende der PremiQuaMed, Julian Hadschieff, rund um einen mutmaßlichen Gesetzeskauf unter Türkis-Blau befragt, wollte davon aber nichts wissen. E. H.

„Österreich“, 21.10.2020

Corona-Alarm im U-Ausschuss

Neos-Mandatar Brandstätter.

Brandstätter in Selbstquarantäne

Heute werden im U-Ausschuss weitere potenzielle Spender befragt.

Wien. Anstatt Fragen im Ibiza-U-Ausschuss zu stellen, hat sich der Neos-Abgeordnete Helmut Brandstätter gestern in Selbstquarantäne begeben. Er hatte Kontakt mit einer positiv auf Corona getesteten Person und gilt deshalb als K1-Kontaktperson. Er sei gestern nur kurz im Parlamentsausweichquartier in der Hofburg gewesen, wo der Ausschuss stattfindet, und habe die ganze Zeit eine Maske getragen.

ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl hatte den Coronafall im Umfeld des Ausschussmitglieds zuvor thematisiert und sich beim Ausschussvorsitzenden Andreas Hanger (ÖVP) erkundigt, ob sich dadurch Konsequenzen für den Untersuchungsausschuss ergeben würden, was Hanger verneinte.

Heute werden der milliardenschwere Immobilientycoon Benko und KTM-Chef Pierer befragt.

Wirbel um grüne Unterstellung

Tina L., Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf und Frau des Novomatic-Aufsichtsratschefs, wurde gestern im U-Ausschuss befragt. Die Grünen unterstellten, dass ihr Großonkel nachgeholfen hätte, einen Job für sie zu finden. Dass gerade die Grünen solche Fragen stellen und damit ein antiquiertes Frauenbild insinuieren, fände sie erstaunlich, so L., die als angesehene Juristin gilt. Der Verfahrensrichter sah das ähnlich: Die Frage wurde mangels Zugehörigkeit nicht zugelassen.

„Standard“, 21.10.2020

Die nächste anonyme Anzeige im U-Ausschuss

ÖVP präsentiert fremdes Schreiben, das von anderen Parteien als „krimineller Vereinigung“ spricht

Wien – Der türkise Fraktionsführer Wolfgang Gerstl hat Post bekommen: Ihm wurde eine anonyme Anzeige zugespielt, der zufolge die U-Ausschuss-Mitglieder Nina Tomaselli, David Stögmüller (beide Grüne), Stephanie Krisper (Neos) und Jan Krainer (SPÖ) gemeinsam mit der Auskunftsperson Peter Barthold eine „illegale Vereinigung“ gebildet hätten, um „legale Glücksspielanbieter in Österreich nachhaltig zu schädigen und in Misskredit zu bringen“. Stunden später wird er von einem „Tiefpunkt“ sprechen, weil „anonyme Anzeigen“ nun auch Abgeordnete anderer Parteien beträfen – ohne zu erwähnen, dass er das Schreiben erst publikgemacht hat. Im Grunde geht es in der Sachverhaltsdarstellung um Absprachen zwischen Barthold und jenen Politikern, die ihn später im U-Ausschuss befragten. Alle Betroffenen weisen vehement von sich, dass sie stattgefunden hätten.

Viel interessanter ist aber der zweite Teil der anonymen Anzeige, der nicht den U-Ausschuss betrifft. Hier versucht jemand, den staatlichen Glücksspielkonzern Casinos Austria AG (Casag) zu kompromittieren. Der anonyme Anzeiger beschwert sich etwa, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Ermittlungen über „scheinbar verwerfliche Sponsoringaktivitäten der Novomatic“ durchführe, aber Ermittlungen zu den „Spenden- und Sponsoringaktivitäten der Casinos Austria AG“ bislang unterlassen habe.

Außerdem ist die Rede von „laufenden politischen Interventionen seitens der Casag“ und zu oberflächlicher Befragung von Casag-Managern. Kurzum: Hier war wohl ein Sympathisant der Novomatic am Werk.

Die beschenkte Großnichte

Um Freunde des Glücksspielkonzerns ging es auch im U-Ausschuss, befragt wurde die Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf. Sie hat einst bei Wolfgang Sobotka und Karl Nehammer (ÖVP) gearbeitet. Wie sie genau zu dieser Position kam, konnte nicht eruiert werden. Für die Abgeordneten abseits der ÖVP sowie Journalisten hatte L., die mit dem Novomatic-Aufsichtsratschef verheiratet ist, nur Tadel übrig. Für Aufruhr sorgten angebliche Signale der von ihrem Großonkel reich beschenkten Juristin: Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper meinte, L. habe beim Hereinkommen der ÖVP-Fraktion „zugezwinkert“. L. replizierte, sie habe auch schon Grüne angelächelt. Nach L. stand dann ein Beamter des Finanzministeriums Rede und Antwort – allerdings wenig ergiebig. (fsc, gra)

„Tiroler Tageszeitung“, 21.10.2020

Vier gegen die Türkisen

Wien – Im Ibiza-Ausschuss verlaufen die Fronten zusehends zwischen der ÖVP und den anderen vier Fraktionen. Gestern entzündete sich der Streit an der Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf. Ihr Mann ist Chef des Novomatic-Aufsichtsrats. Sie selbst ist Richterin, arbeitete aber auch für die ÖVP-Politiker Wolfgang Sobotka und Karl Nehammer: für die Opposition ein Zeichen der Verquickung von ÖVP und Novomatic. *(TT)*

„Tiroler Tageszeitung“, 21.10.2020

Alle gegen die ÖVP: Klare Fronten im Ibiza-Ausschuss

Kontroversielle Befragung der Großnichte von Novomatic-Gründer Graf und eine neue Version zum Privatspitäler-Fonds.

Von Wolfgang Sablatnig

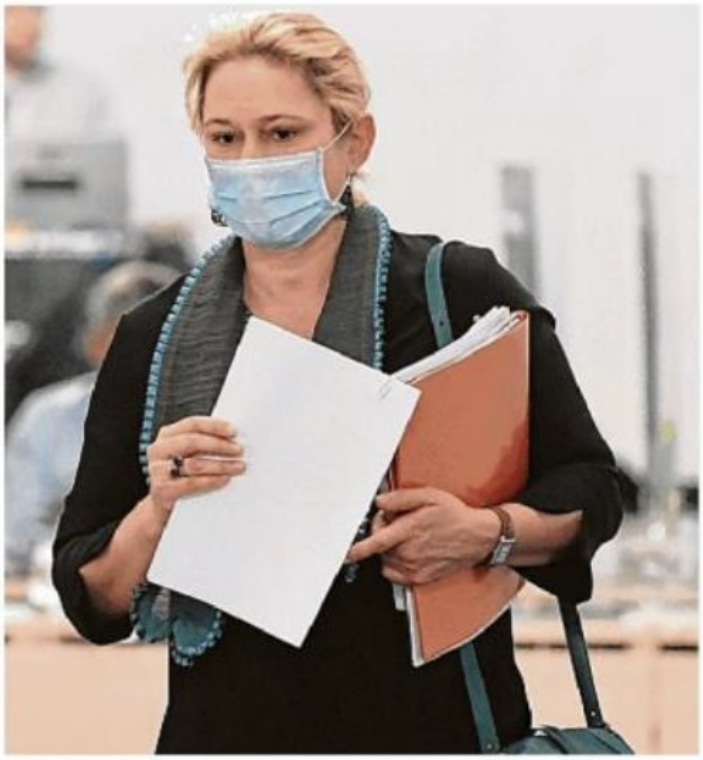
Wien – Den ersten Auftritt hatte gestern ÖVP-Fraktionschef Wolfgang Gerstl – und das schon vor Beginn der Sitzung des Ibiza-Untersuchungsausschusses. Gerstl berichtete von einer anonymen Anzeige, die den Türkisen zugespielt worden sei. Als Beschuldigte werden Vertreter von Grünen, SPÖ und NEOS genannt. Der Vorwurf: Diese hätten einen Ausschusszeugen dahingehend beeinflusst, nachteilig für den privaten Glücksspielanbieter Novomatic und andere legale Anbieter auszusagen.

Die Angesprochenen wiesen die Vorwürfe zurück. Sie war an besagtem Tag in einer Lesung, sagte Stephanie Krisper (NEOS). Kai Jan Krainer (SPÖ) will am Berg gewesen sein. Nina Tomaselli (Grüne) sprach von „Schwachsinn“.

Der Tag im Ausschuss war jedenfalls vorgezeichnet. Da die ÖVP, dort die anderen Fraktionen, inklusive FPÖ.

Es folgte der Auftritt von Tina L. Die Juristin und Richterin ist Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf und hat von diesem Geschenke in Millionenhöhe erhalten. Als Bargeld. „Wie funktioniert das? Kommt da der Chauffeur mit dem Geldkoffer?“, wollte David Stögmüller (Grüne) wissen. „Sie lesen zu viele Krimis“, gab L. zurück.

L. hat weitere Berührungspunkte zur ÖVP und zur Novomatic. Ihr Mann ist Vorsitzender des Aufsichtsrats bei dem Glücksspielkonzern. Sie selbst arbeitete auch für Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Innenminister Karl Nehammer (beide ÖVP).



Großnichte, Ehefrau, Mitarbeiterin: Tina L. tritt im Zusammenhang mit Novomatic und ÖVP in vielen Rollen in Erscheinung. Foto: APA/Fohringer

Ein großes Naheverhältnis, meinen SPÖ, FPÖ, NEOS und Grüne. Und viel Privatleben – so viel, dass wiederholt die Frage auftauchte, was L. überhaupt beantworten müsse.

An der Seite von L. stand die ÖVP. Punkt für Punkt fragte der Abgeordnete Martin Fürlinger, welche Wahrnehmungen sie zu den Untersuchungsthemen habe. Die immer gleiche Antwort: „Keine Wahrnehmung.“

Dem Glücksspiel folgten die Privatspitäler. Vor zwei Wochen war der Betreiber der Wiener Privatklinik Währing als Auskunftsperson im Ausschuss. Er war geladen, weil die Klinik auf Betreiben von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache in den Privatkrankenanstaltenfonds (Prikraf) aufgenommen worden war.

Gesetzeskauf? Von der Befragung Grubmüllers blieben aber vor allem Vorwürfe gegen den Privatklinikbetreiber PremiQaMed und dessen Chef Julian Hadschieff, der auch in der Wirtschaftskammer die Privatspitäler vertritt. Der Vorwurf Grubmüllers: Man habe versucht, ihn vom Fonds draußen zu halten. Stattdessen habe man angeboten, die Klinik bzw. ihre Lizenz zu kaufen. „Mafiös“, kommentierte Matznetter.

Hadschieff zeichnete ein anderes Bild: Leistungen der Privatkliniken seien für die Sozialversicherung günstiger als die der öffentlichen Spitäler. Der Fachverband unterstütze die Aufnahme neuer Spitäler in den Prikraf aber nur dann, wenn die Gesamtmittel erhöht werden – sonst würden alle verlieren. Und die (gescheiterten) Verkaufsverhandlungen habe Grubmüller selbst angeboten.

Hadschieff musste aber auch zu 50.000 Euro Stellung nehmen, die sein Unternehmen der ÖVP in den Jahren 2017 und 2018 spendete. Der Manager sprach von einer „großen Sammelaktion“ der ÖVP – nach der Übernahme der Parteiführung durch Sebastian Kurz. Die PremiQuaMed spendete als Unternehmen. Warum? Eine neue politische Kraft habe Entbürokratisierung und neuen Schwung für den Wirtschaftsstandort versprochen. Und wie wurde diese Spende steuerlich behandelt? „Das weiß ich nicht.“

„Vorarlberger Nachrichten“, 21.10.2020

Der „Großonkel“ und eine Anzeige im Ibiza-U-Ausschuss

WIEN Der Ton unter den Fraktionen im Ibiza-U-Ausschuss wird rauer. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl präsentierte am Dienstag eine anonyme Anzeige gegen grüne, rote und pinke Ausschussmitglieder, die ihn in einem Kuvert erreicht habe. Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper wiederum schoss sich einmal mehr auf Nationalratspräsident und Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) ein. Dass Sobotka am heutigen Befragungstag den Vorsitz nicht führen werde, wertete Krisper dafür, dass er „selbst sieht, dass es keine gute Optik macht“, wenn seine ehemalige Mitarbeiterin und die Großnichte von Novomatic-Gründer Johann Graf aussage. »A5

„Vorarlberger Nachrichten“, 21.10.2020

Ton im Ibiza-U-Ausschuss wird rauer

Am Dienstag beschäftigten ein „Großonkel“ und eine Anzeige die Abgeordneten.

WIEN Der Ibiza-Untersuchungsausschuss hat sich am Dienstag zu Beginn um einen „Großonkel“ und eine anonyme Anzeige gedreht. Dass Verwandtschaftsverhältnisse im Fokus standen, lag daran, dass mit Tina Liebich-Oswald die Nichte zweiten Grades von Novomatic-Gründer Johann Graf und Ehefrau von Novomatic-Aufsichtsratschef Bernd Oswald geladen war. Zudem arbeitete sie in den Kabinetten der ehemaligen Innenminister Wolfgang Sobotka und Karl Nehammer (beide ÖVP). So war es auch das Bestreben der Oppositionsparteien, die Verquickungen zwischen der Glücksspielbranche und der ÖVP aufzuzeigen, wie die Abgeordneten vor der Befragung festhielten.

„Ich mache kein Geheimnis aus meiner Verwandtschaft, erwähne es aber auch nicht ständig“, erklärte Liebich-Oswald. Sowohl Nehammer als auch Sobotka hätte sie im Laufe ihrer Tätigkeit davon erzählt. Gegen sie wird ermittelt, weil sie von Graf privat großzügige Geldgeschenke erhalten hat.

Die FPÖ brachte Masken mit dem Slogan „Schluss mit Sobotage“ mit. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) führte den Vorsitz am Dienstag nicht. AF

Anonyme Anzeige

Vor der Befragung hatte eine von ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl aufs Tapet gebrachte anonyme Anzeige, die ihm zugespielt worden sei, für Aufsehen gesorgt. Darin wird unter anderem den Fraktionsführern, der Vorarlbergerin Nina Tomaselli (Grüne), Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (NEOS), vorgeworfen, dass sie versucht hätten, die Aussage von Ex-Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold im Vorfeld zu beeinflussen. Gerstl zufolge bestehe der Verdacht, dass es am 30. Juli zu einem Treffen mit Barthold im grünen Klub gekommen sei. Dieses sei von Krainer und Krisper „initiiert“ worden. Krisper ortete darin ein „billiges Ablenkungsmanöver“. Sie sei am 30. Juli nachweislich bei einer Lesung von Sven-Eric Bechtolf gewesen. Auch Tomaselli bezeichnete die Vorwürfe als „Schwachsinn“. Krainer zeigte sich über die Vorwürfe belustigt. An dem Tag, an dem der geheime Termin gewesen sein soll, sei er auf der Rax gewesen.

Nach der Befragung von Liebich-Oswald, die knapp vier Stunden andauerte, war ein leitender Beamter des Finanzministeriums geladen. Dieser erklärte, dass die Fachabteilung nie erfuhr, warum die in Begutachtung geschickte Glücksspielnovelle, unter anderem zum IP-Blocking, zurückgezogen wurde. Er habe von der Rechtsabteilung der Casinos Austria vom Rückzug erfahren. So etwas habe er in seiner 35-jährigen Berufslaufbahn noch nicht erlebt. „Es ist im Haus weder mitgeteilt worden, dass es zurückgezogen wurde, noch wer das veranlasst hat“, sagte er.

„Offenbar ist die Glücksspielbranche kein Fan der Grünen. **Dass soll so bleiben.**“

Nina Tomaselli
Fraktionsführerin der Grünen

„www.orf.at“, 20.10.2020

„GUTE KINDERSTUBE“

Neue Reibereien in „Ibiza“-Ausschuss

Der Ton im „Ibiza“-U-Ausschuss wird rauer: Nach den jüngsten Enthüllungen und Entwicklungen sind die Fronten verhärtet. Die Opposition stellte am Dienstag in den Raum, Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) neu zu laden, die ÖVP-Fraktion berichtete von einer anonymen Anzeige gegen Abgeordnete von SPÖ, NEOS und Grünen wegen versuchter Einflussnahme. Auch die erste Einvernahme wurde durchwegs emotional geführt.

Die von ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl vor der Sitzung vorgelegte anonyme Anzeige wirft drei Fraktionsführern im U-Ausschuss – Nina Tomaselli (Grüne), Kai Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (NEOS) – vor, dass sie versucht hätten, die Aussage von Ex-Novomatic-Geschäftspartner Peter Barthold im Vorfeld des „Ibiza“-U-Ausschusses zu beeinflussen.

Ende Juli soll es im grünen Parlamentsklub zu einem Treffen gekommen sein, das von Krainer und Krisper initiiert worden sein soll. Der Opposition und dem Koalitionspartner würden unter anderem die Bildung einer kriminellen Organisation, falsche Beweisdarstellung und Verleumdung vorgeworfen. Ziel sei es gewesen, „legal in Österreich agierende Glücksspielanbieter“, namentlich die Novomatic, zu schädigen.

NEOS, Grüne und SPÖ wiesen die Vorwürfe umgehend von sich. Krisper sah darin ein „billiges Ablenkungsmanöver“. Sie sei am 30. Juli bei einer Lesung von Sven-Eric Bechtolf gewesen, twitterte sie: „Kollege @wolfganggerstl soll einfach seine #ÖVP-Kollegin Abg. Mitterbauer fragen – sie war auch dort.“ Für Tomaselli sind die Vorwürfe „Schwachsinn“. Offenbar sei die Glücksspielbranche „kein Fan der Grünen“, so Tomaselli: „Wenn es nach uns geht, soll das so bleiben.“ Krainer zeigte sich belustigt: Er sei an dem Tag auf der Rax gewesen.

Kurz könnte nochmals geladen werden

Zuvor hatte Krisper gesagt, nach den zuletzt publik gewordenen Chats und SMS etwa von ÖBAG-Chef Thomas Schmid eine Reihe von Fragen an Kurz rund um die vermutete Verquickung von Spenden und Postenvergabe zu haben, die dieser beantworten müsste: etwa ob es stimme, dass er sich ausgesucht habe, wer in Aufsichtsräte staatsnaher Unternehmen kommen könne.

Auch wolle sie wissen, was ihn so nervös gemacht habe, „dass er nah vor einer Darmentleerung“ gestanden sei, so Krisper unter Bezug auf den SMS-Chat Schmids, in dem es unter anderem heißt: „Kurz scheisst sich voll an. Zu viele Leute.“ Sie sei sich sicher, dass Kurz mehr wisse, als er bei seiner eigenen Aussage im U-Ausschuss angegeben hatte. Sollte er nicht freiwillig antworten, dann müsse man ihn zeitnah neu laden, so Krisper. Ähnlich hatte sich schon Krainer geäußert.

> Krisper nahm erneut auch den Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) ins Visier. Dass der Nationalratspräsident am aktuellen Befragungstag den Vorsitz nicht führen werde, wertete sie als Zeichen, dass „er selbst sieht, dass es keine gute Optik macht, wenn seine ehemalige Mitarbeiterin und die Großnichte von Graf aussagt“.

Verwandte von Novomatic-Gründer Graf im Ausschuss

Die erste Auskunftsperson am Dienstag, Tina L., laut eigenen Aussagen Nichte zweiten Grades von Novomatic-Gründer Johann Graf und Ehefrau des Novomatic-Aufsichtsratschefs Bernd Oswald, war einst unter anderem Mitglied im Büro Sobotkas. L. hatte Sobotka bei seinem Besuch bei Novomatic begleitet, bei dem Sobotka auch Novomatic-Gründer Johann Graf traf – unter Beisein ihres Mannes. Was dabei besprochen wurde, sei ihr nicht bekannt, gab die Auskunftsperson an.

Sie selbst habe aus privatem Interesse an der Betriebsführung teilgenommen, weil sie das neue Gebäude der Novomatic zu dem Zeitpunkt noch nicht gesehen hatte. Im Rahmen des Termins habe sie Sobotka auch erzählt, dass sie mit Graf verwandt sei. Sie verstecke die Verwandtschaft nicht, so L., sie sei stolz auf Graf, aber sie trage es auch nicht vor sich her.

Entschlagungen und emotionale Debatten

Zur Frage der FPÖ, warum sie ihren Lebenslauf an die Vorstandsassistentin der Novomatic geschickt hat, entschlug sich L., es folgte eine teils emotional geführte Geschäftsordnungsdebatte. Später erinnerte die Auskunftsperson wegen eines Zwischenrufs von Grünen-Mandatar David Stögmüller an die „gute Kinderstube“, auf die man nicht vergessen solle.

> Die gesamte Befragung war durchgehend von gegenseitigen Vorwürfen und einem immer wieder angriffigen Unterton auf beiden Seiten geprägt. L. sah mehrfach durch die Fragen der Abgeordneten einen Eingriff in ihre Privatsphäre. Auch über ihre näheren Verwandtschaftsverhältnisse wollte sie keine Auskünfte geben.

Auch bei Nehammer tätig

Novomatic-Chef Harald Neumann kenne sie nur flüchtig, gab die Auskunftsperson weiter an. Sie bestätigte, dass sie 2005 bis 2007 auch in der Rechtsabteilung der mittlerweile nicht mehr existenten Tochtergesellschaft Novomatic Gaming gearbeitet hatte. Auch im Kabinett von Innenminister Karl Nehmammer (ÖVP) war sie geringfügig tätig, mit Nehammer ist sie laut eigenen Aussagen über die Kinder auch seit ein paar Jahren befreundet.

Die Auskunftsperson gab weiters an, dass sie sich nicht erinnern könne, mit Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft über das Verfahren gegen Graf gesprochen zu haben. Sie habe ihren Job im April 2020 wegen der Familie aufgegeben, damals sei ihr Name erstmals in den Medien gestanden. Einen Tag später hatte die „SoKo Ibiza" die Schenkungliste von Graf im Innenministerium angefordert. Die Auskunftsperson soll von Graf Geldgeschenke in Millionenhöhe erhalten haben.

Damit war sie nicht alleine. Insgesamt gibt es rund 160 Schenkungsverträge – teilweise in Millionenhöhe. Grafs Anwalt betonte im August, dass sämtliche Schenkungen „aus rein privaten Motiven" ohne Gegenleistung erfolgt und der Finanz gemeldet worden seien. Zu Fragen zu den Schenkungen entschlug sich die Auskunftsperson. Über Graf sagte sie, sie sei stolz auf ihren Großonkel, der einen Weltkonzern aufgebaut habe.

Fragen zur Beschäftigung bei Sobotka

L. führte aus, dass sie als Juristin im Büro von Sobotka für U-Ausschüsse zuständig war – zuerst für den Eurofighter-U-Ausschuss und danach auch für den U-Ausschuss, der die Affäre um das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in den Blick genommen hat. Krainer fragte, warum sie gerade beim BVT-U-Ausschuss mitarbeitete, obwohl Sobotka hier nicht Vorsitzender war, da er sich als ehemaliger Innenminister als befangen gesehen hatte. L. legte ein Dokument mit ihrer Dienstzuteilung vor.

Grünen-Mandatar Stögmüller fragte, ob ihr Verwandter Novomatic-Eigentümer Graf oder die ÖVP ihr jemals dabei geholfen habe, einen Job zu bekommen. Die ÖVP intervenierte, dass diese Fragen nicht zum Untersuchungsgegenstand gehörten. Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl gab der ÖVP recht. L. reagierte trotzdem: „Interessant, dass gerade die Grünen so ein Frauenbild haben, dass eine Frau nur mit Hilfen Jobs bekommt." Stögmüller legte daraufhin ein Dokument vor, in dem es um einen Job, Graf, L. und ihren Lebenslauf geht. „Mehr will ich dazu nicht sagen", so der Abgeordnete.

Beamter schildert Begutachtungsentwurf

Nach Tina L. wurde ein Beamter des Finanzministeriums befragt, der für das Glücksspiel zuständig ist. In seiner fast 40-jährigen Tätigkeit in der Aufsicht des Glücksspiels habe er noch nie einen Rückzieher bei einer Novelle erlebt, sagte er.

Die Novelle 2018 zum Glücksspielgesetz sah ein verschärftes Vorgehen gegen das illegale Glücksspiel vor. So sollte etwa die Möglichkeit von Netzsperren gegen die Anbieter illegaler Onlineglücksspiele (IP-Blocking, Anm.) möglich sein. Der Entwurf wurde Ende Februar 2018 in Begutachtung geschickt, aber kurze Zeit später wieder zurückgezogen. Zuerst hieß es, dass es sich um ein „technisches Versehen" handelte und eine Überarbeitung „demnächst" folgen werde. Daraus wurde allerdings nichts.

Strache setzte sich für Privatspital ein

Zum Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfonds (PRIKRAF) wurde am Abend dann die dritte Auskunftsperson, Julian Hadschieff, befragt. Der PRIKRAF liegt im Fokus des Ausschusses, weil Spender von ÖVP und FPÖ von Gesetzesänderungen unter Türkis-Blau profitiert haben sollen. Beim PRIKRAF handelt es sich um einen Fonds, aus dem Privatspitäler Geld bekommen, sofern sie medizinisch notwendige Leistungen für Pflichtversicherte erbringen.

Hadschieff, Vorstandsvorsitzender der PremiQuaMed des Versicherers Uniqa und Obmann des Fachverbands für Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), soll laut der Aussage von Privatklinikeigentümer Walter Grubmüller im U-Ausschuss jahrelang die Aufnahme von dessen Klinik in den PRIKRAF verhindert und torpediert haben.

Zwei Termine hat es laut Hadschieff mit ihm und dem damaligen FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, nunmehr Team Strache (TS), gegeben. Strache soll die Aufnahme der Privatklinik Währing vorangetrieben haben. Es steht der Vorwurf im Raum, dass Grubmüller im Gegenzug für die Aufnahme an die FPÖ 10.000 Euro spendete. Die PremiQuaMed spendete ebenfalls Geld, 50.000 Euro, im Zuge der großen Sammelaktion der ÖVP im Sommer 2017, so Hadschieff.

„APA“, 20.10.2020

Uni-Gutachten: Glücksspielregeln inkohärent und EU-rechtswidrig

Utl.: Deutsche Professoren monieren zahlreiche Bestimmungen - Kritik an exzessiver Werbung der Casinos Austria - Beschränkung auf eine Online-Lizenz geht nicht - Private Anbieter erfreut

Wien (APA) - Die österreichischen Glücksspielregeln sind inkohärent und unionsrechtswidrig, sagt ein Gutachten der Universität Osnabrück im Auftrag der privaten Glücksspiel- und Sportwettenanbieter (OVWG). Die Autoren, zwei Universitätsprofessoren, führen nicht nur eines, sondern gleich mehrere Beispiele an: es gehe etwa nicht, dass Poker nur in den teilstaatlichen Casinos Austria angeboten werden darf und dass die drei zusätzlichen Spielbanklizenzen nicht erneut ausgeschrieben wurden.

Die Ausgestaltung der Glücksspiel- und Wettregulierung sei "mit dem unionsrechtlichen Kohärenzgebot unvereinbar und daher in weiten Teilen europarechtswidrig und unanwendbar", heißt es in dem rechtswissenschaftlichen Gutachten vom 7. September 2020, das der APA vorliegt. Mehrere Regelungen dürfen nach Meinung der deutschen Juristen gar nicht vollzogen werden, bis der österreichische Gesetzgeber eine EU-rechtskonforme Neuregelung geschaffen hat.

Besonders problematisch finden die Gutachter das Werbeverhalten des Casinos-Austria-Konzerns (inklusive Lotterien), dieses habe vorerst zu unterbleiben.

Dass die heimischen Höchstgerichte (Verfassungsgerichtshof/VfGH, Verwaltungsgerichtshof/VwGH und Oberster Gerichtshof/OGH) seit dem Jahr 2016 die Kohärenz und Unionsrechtskonformität bejaht haben, bleibt in dem Gutachten nicht unerwähnt. Im rechtswissenschaftlichen Schrifttum jedoch werde das österreichische Glücksspielrecht "nahezu einhellig für inkohärent und europarechtswidrig gehalten".

Bedenklich ist aus Sicht der Autoren etwa, dass Sportwetten hierzulande nicht als Glücksspiel gelten und landesrechtlich weitgehend liberalisiert sind. Ganz im Gegensatz zum Automatenspiel. Der Gesetzgeber habe dies nicht hinreichend begründet, allein deshalb verletze die Differenzierung zwischen Glücks- und Sportwettspiel das Kohärenzgebot der Union.

Inkohärent sei außerdem, dass Poker nunmehr ausschließlich in den 12 von den Casinos Austria betriebenen Spielbanken angeboten werden darf. "Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass der VfGH Poker explizit als ein 'gemischtes Spiel' einordnet und damit auf eine Stufe mit Sportwetten stellt", so die Professoren Tristan Barczak von der Universität Passau und Bernd J. Hartmann von der Universität Osnabrück.

Die Hereinnahme von Poker in das Glücksspielgesetz (GSpG) hat "Pokerkönig" Peter Zanoni die wirtschaftliche Existenz gekostet. Da seine Lizenz Ende 2019 auslief, hat er seine "Concord Card Casinos" (CCC) heuer schließen und Insolvenz anmelden müssen. Zanoni denkt aber über einen Neustart nach.

Auch der Umstand, dass die mit der Glücksspielgesetznovelle 2010 eingeführten drei zusätzlichen Casinolizenzen nach der Aufhebung der Konzessionsbescheide 2016 nicht erneut ausgeschrieben wurden, verstößt dem Gutachten zufolge gegen das Kohärenzgebot. Das Unterlassen der neuerlichen Ausschreibung zementiere den - unionsrechtswidrigen - Rechtszustand, der vor der sogenannten Engelmann-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2010 bestand. Der EuGH kippte damals das Glücksspielmonopol, indem er entschied, dass die bis dahin stets freihändig an den Casinos-Austria-Konzern vergebenen Glücksspiellizenzen EU-weit ausgeschrieben werden müssen. Zum Zug gekommen sind seither wieder nur die zu einem Teil dem Staat gehörenden Casinos Austria.

Die Gutachter vermissen zudem eine kohärente Rechtfertigung dafür, warum es nur eine Online-Glücksspiellizenz (diese hängt an der Lotterielizenz des Casinos-Austria-Konzerns), aber eine nicht begrenzte Zahl an Sportwettlizenzen gibt. "Der Unterschied lässt sich insbesondere mit Argumenten des Spielerschutzes nicht begründen." Es fehlten vom Staat beauftragte empirische Studien zur Suchtgefährdung der jeweiligen Spielarten.

Was auch nicht gehe: Dass der Casinos-Austria-Konzern Video Lottery Terminals (VLT) in jenen Bundesländern aufstellen darf, die Landesausspielungen mit Glücksspielautomaten verboten haben, ja diese VLT-Automaten ("WINWIN"-Spielhallen, Anm.) sogar überwiegend in "Verbotsländern" stehen. "Bei Glücksspielautomaten und VLTs handelt es sich mit Blick auf Spielangebot, Spielverlauf, Spielerschutz, Abgaben und technische Abwicklung um nahezu identische Spielformen. VLTs laden damit zu einem Ausweichen der Spieler und einer Umgehung des Automatenverbots geradezu ein", konstatieren die Rechtswissenschafter.

Die unterschiedliche Regelung von Glücksspielautomaten in den - zu einem großen Teil vom Novomatic-Konzern betriebenen - Automatensalons und in Einzelaufstellung ist für die Juristen ebenfalls inkohärent. "Die mit Blick auf den Spielerschutz restriktiveren Vorgaben für Einzelaufstellungen von Automaten werden durch weniger rigide Regelungen im Bereich von Automatensalons unterlaufen", meinen die Gutachtenersteller. Auch zu den Glücksspielautomaten, die in den Vollcasinos stehen, äußern sie sich: bei diesen ergebe sich die Inkohärenz daraus, dass sie bisher keinerlei Einsatz- und Gewinngrenzen unterliegen. Kleine Automatenbetreiber regt genau das seit Jahren auf.

"Erhebliche Bedenken" haben die Professoren wegen der Werbung von Casinos und Lotterien. Das Glücksspielgesetz gewährleiste nicht, dass sich die Werbung auf das von EU-Seite geforderte "gewisse", das heißt "eng begrenzte Maß mit dem Ziel beschränkt, potentielle Spieler zu legalen Spielangeboten zu leiten." Der Gesetzgeber müsse kohärente Vorgaben für das stationäre wie das Online-Gücksspiel erlassen, die einerseits restriktiv genug sind, um Spielsüchtige zu schützen und andererseits ein Glücksspielangebot zulassen, das "attraktiv genug ist, um den Durchschnittsspieler anzuziehen". Darüber hinaus fehle es an angemessenen Rechtsschutzmöglichkeiten für Casinos-Konkurrenten und Konsumentenschützer, die Vorgaben für die Werbung des Monopolisten (Casinos Austria) vor einer unabhängigen gerichtlichen Instanz durchzusetzen. Wenn ein Staat schon die EU-Dienstleistungsfreiheit beschränkt und ein Glücksspielmonopol einführt, dürfe sich die Werbung des Monopolisten nicht "am eigenen Umsatzinteresse" ausrichten.

Rivalen der Casinos Austria monieren die Rolle des Staates beim Thema Glücksspiel schon seit langer Zeit: die Republik muss einerseits für Spielerschutz sorgen und ist für die Vergabe von Lizenzen zuständig, anderseits ist sie an den Casinos beteiligt und profitiert daher finanziell (via Steuern und Dividende), wenn bei diesen viel gezockt wird.

Nach Meinung der deutschen Professoren ist Österreich verpflichtet, für Rechtssicherheit zu sorgen und eine EU-rechtskonforme Rechtslage herzustellen. Andernfalls drohten der Republik staatshaftungsrechtliche Ansprüche wegen der Verletzung von Unionsrecht.

Insbesondere unzulässig ist dem Gutachten zufolge die Beschränkung auf nur eine Online-Glücksspiellizenz. Das ist Wasser auf die Mühlen der privaten Glücksspiel- und Wettanbieter, die momentan in einer rechtliche Grauzone agieren. Obwohl das Glücksspiel im Internet in Österreich nur auf der Seite win2day (gehört zu den Lotterien) erlaubt ist, gibt es zahlreiche andere Anbieter, etwa bet-at-home. Sie alle berufen sich auf die Dienstleistungsfreiheit der EU. Mit einer Lizenz aus einem EU-Staat - zumeist Malta, dort ist es steuerlich günstig - dürfe man in der ganzen Union anbieten.

"Das Gutachten belegt klar und deutlich die Unionsrechtswidrigkeit des österreichischen Glücksspielmonopols und bestätigt damit eine Tatsache, auf die wir seit vielen Jahren hinweisen: Online-Anbieter, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU lizenziert sind, dürfen auch in Österreich anbieten", so Claus Retschitzegger, Präsident der OVWG und Sprecher von bet-at-home, zur APA. "Wir begrüßen das ausdrücklich, denn die Anbieter bringen viel Wertschöpfung und unzählige IT-Arbeitsplätze nach Österreich."

„Der Standard“, 20.10.2020

U-Ausschuss befragt Großnichte des Novomatic-Gründers, die bei Sobotka tätig war

Der Ibiza-Ausschuss startet seine Marathonwoche mit Tina Liebich-Oswald

Gleich drei Sitzungen des Ibiza-Ausschusses stehen diese Woche an. Der Grund dafür: Am Dienstag sollen frühere Ausfälle wettgemacht werden, vor zwei Wochen durchkreuzte beispielsweise eine Sondersitzung des Nationalrats die Terminpläne. Deshalb ist die Auskunftsliste am Dienstag etwas durchmischt.

Den Beginn macht Tina Liebich-Oswald; eine Staatsanwältin, die in den Büros von Wolfgang Sobotka und Innenminister Karl Nehammer (beide ÖVP) gearbeitet hat. Sie ist auf zweifache Weise mit der Novomatic verbunden: Firmengründer Johann Graf ist ihr Großonkel, von ihm gab es Geldgeschenke in Millionenhöhe. Ihr Doppelname ergab sich nach der Hochzeit mit Bernd Oswald, seines Zeichens Aufsichtsratsvorsitzender der Novomatic.

Nach ihr erscheint Kurt Parzer, Glücksspielexperte im Finanzministerium. Ihn werden die Abgeordneten wohl nach der unter Türkis-Blau zurückgezogenen Glücksspielnovelle sowie einer weiteren, heimlich ausgearbeiteten Gesetzesreform fragen.

Den Abschluss macht Julian Hadschieff, Chef der Premiqamed. Sie ist Betreiber mehrerer Privatkliniken, Hadschieff außerdem Branchenobmann und somit Wächter über den Prikraf-Fonds. In den wollte unbedingt Walter Grubmüller gelangen – mit Straches Hilfe. Darüber soll Hadschieff Auskunft geben. (red, 19.10.2020)